



Amtsgericht Königswinter

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

Dienstag, 30.06.2026, 09:30 Uhr,

1. Etage, Sitzungssaal 112, Drachenfelsstr. 39 - 41, 53639 Königswinter

folgender Grundbesitz:

Grundbuch von Honnef, Blatt 6410,

BV lfd. Nr. 2

Gemarkung Honnef, Flur 31, Flurstück 1813, Waldfläche, Am Breitbacher Graben ober der Linzer Straße, Größe: 911 m²

versteigert werden.

Laut Wertgutachten handelt es sich um ein Grundstück in südlicher Stadtrandlage von Bad Honnef, unmittelbar an der Landesgrenze zu Rheinland-Pfalz. Das Grundstück ist im Flächennutzungsplan tlw. als Wohnbaufläche bzw. tlw. als Fläche für die Landwirtschaft ausgewiesen. Es liegt im Landschaftsschutzgebiet. Das Grundstück ist mit einer einfachen Holzhütte bebaut. Es wird als Freizeitfläche eigengenutzt. Es wird davon ausgegangen, dass die Nutzung derzeit lediglich geduldet wird. Das Objekt konnte nur von außen in Augenschein genommen werden.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 13.08.2025 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

7.100,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.